

Mittwoch, 08. Januar 2025, Starnberger Merkur / Starnberger See

Hoffnung auf mehr als fünf Prozent

Dreikönigstreffen: FDP kritisiert Überregulierung durch den Staat



Beim FDP-Dreikönigstreffen in Pöcking (v.l.): Vizebürgermeister Albert Luppert, Ex-Ministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Landeschef Martin Hagen, Ortschef Christian Schnorbusch, Sigrid Friedl-Laussenmeyer, Bundestagskandidat Paul Friedrich, Stephanie Kaufmann-Jirsa, Kreischefin Britta Hundesrügge und Bürgermeister Rainer Schnitzler. © A. Jaksch

Pöcking – „Warum es gerade jetzt die FDP und ihre liberale Politik benötigt“, versuchte der FDP-Ortsverband Feldafing-Pöcking auf seinem 52. Dreikönigs-Frühsschoppen zu vermitteln. Die acht großen Zehner-Tische im Beccult waren fast vollbesetzt, als Ortsverbandsvorsitzender Christian Schnorbusch und Sigrid Friedl-Laussenmeyer, die viele Jahre den Vorsitz des damals noch eigenständigen Ortsverbandes Feldafing innehatte, ihre Gäste begrüßten. Unter ihnen die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, den ehemaligen Vize-Landtagspräsidenten Wolfgang Heubisch und Kreisrätin Britta Hundesrügge sowie den Pöckinger Bürgermeister Rainer Schnitzler, den zweiten Bürgermeister Albert Luppert und Rainer Hange vom Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“, der seit 54 Jahren FDP-Mitglied ist.

„Hausherr“ Schnitzler wünschte in seinem Grußwort, was sich wohl die meisten im Saal auch wünschen: „Dass die FDP die fünf Prozent schafft. Denn ohne die FDP würde im Bundestag etwas fehlen.“ Der Pöckinger Schnorbusch und seine Feldafinger Ortsverband-Kollegin Dr. Stephanie Kaufmann-Jirsa, beide in den Gemeinderäten der zwei Kommunen vertreten, berichteten über kommunale Projekte wie Turnhalle und Feuerwehrhäuser. Der gemeinsame Tenor: Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Mehr als Pflichtaufgaben können sie nicht mehr leisten.

„So wie es ist, kann es nicht mehr weitergehen“, pflichtete FDP-Bundestagskandidat Paul Friedrich bei. „Wir wollen keine Politik, die meint, sie müsse die Menschen umerziehen. Oder einen Staat, der in alles rein regiert“, sagte der Student, bevor er das Mikrofon an Ehrengast Martin Hagen übergab.

Hagen, FDP-Landesvorsitzender und bayerischer Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, ging gleich in die Vollen. Natürlich sei die Wahl am 23. Februar für die FDP „keine gmahde Wiesn“, dafür aber „Ansporn, aus den momentanen Umfrageergebnissen von vier Prozent doch noch fünf, sechs oder sieben Prozent zu machen“. Hagen prangerte den momentanen Klimaschutz an. „Was wir bisher gemacht haben, hat viel gekostet, aber global gesehen nicht viel genutzt“, betonte er. Deutschland allein rette das Klima nicht. Auch beim Thema Migration ging er auf Konfrontation zu seinen ehemaligen Ampel-Kollegen. „Der Rechtsstaat hat das Recht zu entscheiden, wer zu uns kommt, ein Ausreisepflichtiger müsse auch abgeschoben werden“, meinte er mit Blick auf den Attentäter von Solingen, der nicht abgeschoben worden war, weil die Ausländerbehörde ihn nicht zu Hause angetroffen hatte.

Laut Umfragen bereitet den Bürgern allerdings die Wirtschaft die größten Sorgen. Auch hier verwies Hagen auf die Überregulierung des Staates. Für die FDP sei die entscheidende Frage: „Was passiert, wenn eine Regierung kommt, die die Bürger wieder enttäuscht?“

IRA